



Kirchentagsimpression. Foto: image/Sven Simon

Bildung in Zeiten der Krise

Der Ökumenische Kirchentag fragte nach dem Standort der Schule zwischen Humanität und Wettbewerb

Deutschland steht unter Schock, genauer gesagt: unter dem »PISA-Schock«. Die erste PISA-Studie vor zehn Jahren hat das Thema Bildung ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Bildung wird wahlweise als der »neue Rohstoff des 21. Jahrhunderts« oder als »die neue soziale Frage« bezeichnet. An das Bildungssystem werden zahlreiche wirtschafts- wie sozialpolitische Hoffnungen gleichermaßen geknüpft. Nicht wenige fragen aber auch besorgt, seit Bildung zum gesellschaftlichen »Megathema« avanciert ist: Geht es bei all den Bildungsdebatten überhaupt noch um Bildung? Oder geht es nicht vielmehr darum, dass sich die Schule immer stärker den Anforderungen eines globalisierten Marktes anpasst?

Der Zweite Ökumenische Kirchentag, der Mitte Mai in München stattfand, bot Gelegenheit, diese Fragen einmal jenseits der sonst üblichen politischen Zuspitzung zu diskutieren. Im Rahmen einer Hauptpodienreihe unter dem Titel »Wege aus der Ökonomisierung« sollten Visionen für die Gestaltung einer gerechten und humanen Gesellschaft entwickelt werden. Aus dem Publikum kam dabei die Forderung, die Kirchen sollten sich explizit gegen das funktionalistische Bildungsverständnis der PISA-Studien aussprechen. Angesichts der gegenwärtigen Euro-Krise, deren Ausgang heute noch keiner vorhersagen kann, erhielt die Frage

nach dem Standort der Schule »Zwischen Humanität und Wettbewerb« – so der Untertitel des Schlusspodiums der Reihe – ganz neue Brisanz.

Der Kieler Wirtschaftspädagoge Hans-Carl Jongbloed fasste das Unbehagen an der bildungspolitischen Großwetterlage gleich zu Beginn in deutliche Worte: »Früher hat die Wirtschaft dazu gedient, das Leben zu organisieren, heute dient die Bildung nur noch der Wirtschaft.« Seinem Kontrapart Heinrich Traublinger, ehemaliger bayerischer Landtagsabgeordneter und Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, ging diese Kritik etwas zu weit. Auch in einem anderen Punkt waren sich beide Referenten uneins: Traublinger warnte davor, die Ausbildungsbetriebe zu einer Art »Reparaturwerkstatt« für Versäumnisse der Familie zu machen. Jongbloed, der nicht mit Lob für das Handwerk sparte, zeigte sich hier etwas optimistischer. Im begrenzten Rahmen könnten die allgemein schwächer gewordenen Leistungen der Familie während der Ausbildungsphase aufgefangen werden.

Beide Referenten legten durch ihre Eingangsstatements eine Spur, durch die sich die Veranstaltung wohltuend von ähnlichen Debatten abhob. Allzu oft wird dabei der berufsbildende Bereich vernachlässigt, über den heute nicht wenige StudentInnen zur Universität gelangen. Das enorme Ge-

wicht, das die Schulstrukturfrage in den bildungspolitischen Kontroversen hierzulande zugemessen bekommt, hat auch damit zu tun, dass die hohe Bedeutung des Berufsschulwesens verkannt und die große Bandbreite an unterschiedlichen Bildungsgängen und Abschlüssen, die dieses bietet, nicht wahrgenommen wird. Entsprechend hoch sind die Erwartungen oder Befürchtungen, die auf das gegliederte Schulsystem projiziert werden und den pädagogischen Auftrag der Grundschule belasten.

Über Sinnhaftigkeit von Reformen

Thomas Sternberg, der als kulturpolitischer Sprecher des gastgebenden Zentralkomitees der deutschen Katholiken an dem Podium¹ teilnahm, mahnte dann auch, nicht allein Strukturfragen in den Blick zu nehmen. Wichtiger sei es zu fragen, wie in der Schule die Neugier der Kinder geweckt werden könne und wie dann auch das Handwerk die besten AbsolventInnen bekomme, auf die es angewiesen sei. Unterstützung bekam der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete aus dem Publikum, das sich äußerst rege an der Debatte beteiligte. In vielen Wortmeldungen wurde eingeklagt, wieder stärker nach der pädagogischen Sinnhaftigkeit der notwendigen bildungspolitischen Reformmaßnahmen zu fragen. Diese seien schließlich kein Selbstzweck. Ihrem pädagogischen Auftrag wird die Schule nur dann bestmöglich nachkommen können, wenn die Bildungspolitik nicht über die Köpfe der LehrerInnen hinweg entscheidet und die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Die Erziehung in der Familie kann nicht einfach von der Schule übernommen werden; beide Institutionen haben ihre

¹ Ferner nahmen am Podium die rheinland-pfälzische Kultusministerin Doris Ahnen sowie Quirin Weinzierl, Mitglied der Dekanatsjugendkammer München, teil. Moderiert wurde die Veranstaltung durch die Journalistin Maria von Welser.

spezifische Aufgabe und sollten sich gegenseitig stützen.

LehrerInnen brauchen für ihre schwieriger gewordene Aufgabe Solidarität und Unterstützung; kontraproduktiv ist es hingegen, die Leistungen der Schule beständig schlechzureden. Einmal mehr wurde in München deutlich, welche wichtige Rolle starke Berufsverbände als Interessenvertretung und Diskussionsforum spielen. So mahnte die bayerische GEW-Vorsitzende, Angelika Neubäcker, im Blick auf den Ausbau von Ganztagschulen: »Diese Reformen werden allerdings nicht gelingen, wenn Lehrerinnen und Lehrer dabei immer mehr zusätzliche Aufgaben aufgedrückt bekommen.« Leider fehlte einmal mehr nicht der Hinweis auf die vermeintlich langen Ferien von LehrerInnen. Neubäcker wies diese Platitüde sofort zurück und konterte, dass durch eine höhere Wochenstundenzahl während der Schulzeit aufs Jahr gesehen die Arbeitszeit der LehrerInnen derjenigen anderer LandesbeamtInnen entspreche. Manche Vorurteile scheinen unausrottbar.

Die Euro-Krise warf ihre düsteren Schatten auch über den Kirchentag. Das Publikum zeigte sich mehr als skeptisch, ob die Politik überhaupt noch genügend finanziellen und politischen Handlungsspielraum zur Verwirklichung bildungspolitischer Visionen besitze. Die Antworten der PolitikerInnen hierauf fielen äußerst nebulös aus. Für die GEW wird es eine wichtige Aufgabe sein, die künftigen Entwicklungen kritisch zu begleiten, damit der Bildungsbereich und die in ihm tätigen Lehrkräfte bei den anstehenden krisenbedingten Weichenstellungen nicht unter die Räder kommen.

von Axel Bernd Kunze

Dr. theol., Dipl.-Päd., Vertretungsprofessor für Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Bildung und Erziehung an der Universität Trier und Lehrbeauftragter an der Abteilung für Bildungswissenschaft der Universität Bonn



Uni – Examen – Hartz IV?

Die prekäre Lage junger Gymnasiallehrkräfte in Bayern

Unterschriften-Aktionen und ein offener Brief bekannter anderer Verbände sollen für eine höhere Übernahmezahl von ReferendarInnen nach dem zweiten Staatsexamen sorgen. Schön. Was aber, wenn dennoch nicht ausreichend Stellen zur Verfügung gestellt werden? Vom Staat produzierte Hartz-IV-EmpfängerInnen? Nein, danke!

Um Alternativen zum Staatsdienst aufzuzeigen, lud die GEW Augsburg unsere Kollegin Dr. Katharina Städtler aus Bayreuth ein. Zusammen mit einer angestellten Lehrkraft an einer städtischen Schule konnte sie den Teilnehmenden am Peutingen-Gymnasium eine Vielzahl von weiteren Möglichkeiten präsentieren; neben den Klassikern wie kommunale Gymnasien und private Schulen wurden auch internationale Schulen bzw. Schulen im Ausland genannt, des Weiteren verwies die Referentin auch auf Ar-

beitsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer in der Erwachsenenbildung wie beispielsweise an Volkshochschulen, beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) GmbH, an Bildungswerken, am Goethe-Institut etc.

Darüber hinaus wurden auch jeweils mögliche Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Betätigungsfelder angesprochen, sodass sich die Teilnehmenden im Anschluss an die Veranstaltung einig waren, dass sie mit aufschlussreichen Informationen versorgt wurden. Manchen wurden die quälenden Zukunftsängste auch ein wenig genommen, was nicht zuletzt auf einen Ausspruch der Referentin zurückzuführen ist, indem sie mit einem Zwinkern davon sprach, keine arbeitslosen LehrerInnen zu kennen, einer sei nun Taxifahrer.

Von Tülin Trübenbach